

Leistungsbeschreibung

Rahmenvereinbarung – Jahresabschlussprüfung 2026-2029

Vergabenummer 1004379

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung), Berlin (DIW Berlin), ist eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland. Es ist als unabhängige Institution gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde es als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt 1941 seinen heutigen Namen. Seinen Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.

Das DIW Berlin präsentiert seine Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften, im Rahmen wissenschaftlicher Veranstaltungen im In- und Ausland sowie auf Workshops, Symposien und Kolloquien. Sie dienen dem Gedankenaustausch mit Expert*innen und gesellschaftlich relevanten Gruppen. Entscheidungsträger*innen in Wirtschaft und Politik sowie der breiten Öffentlichkeit werden aktuelle Wirtschafts- und Strukturdaten, Prognosen und Studien sowie Dienstleistungen im Bereich der quantitativen Ökonomie zur Verfügung gestellt.

Das DIW Berlin erhält für seinen wirtschaftswissenschaftlichen Bereich als Forschungsförderung öffentliche Zuwendungen vom Land Berlin (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege) und vom Bund (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). Die Finanzierung des Sozioökonomischen Panels (SOEP) erfolgt durch das Land Berlin und durch den Bund (Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt). Hinzu kommen Einnahmen aus Projekten und Aufträgen Dritter sowie Beiträge der Vereinsmitglieder und Spenden sowie sonstige Einnahmen. Das DIW Berlin ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Im Haushaltjahr 2024 betrugen die Zuwendungen der institutionellen Förderung rd. 23,4 Mio. EUR. Die Erträge aus Auftragsforschung und Projektförderung umfassten rd. 17,7 Mio. EUR. Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von rd. 0,2 Mio. EUR. Das DIW Berlin beschäftigte Ende des Jahres 2025 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Das Institut hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist satzungsgemäß ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken verpflichtet. Damit ist das Institut von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit. Das DIW Berlin unterliegt somit nur mit den von ihm unterhaltenen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Körperschafts- und Gewerbesteuer. Ansonsten gilt in Hinsicht auf die Umsatzsteuer die volle Unternehmereigenschaft, woraus sich die Vorsteuerabzugsfähigkeit ableitet.

Rechnungslegung und Verwendungsnachweis

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgen nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften und den Grundsätzen für das Finanz- und Rechnungswesen von Forschungseinrichtungen. In der Finanzbuchhaltung wird mit der Standardsoftware MACH der MACH AG gearbeitet. Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung erfolgt mit der Standardsoftware LOGA der P&I Personal & Informatik AG.

Gemäß Zuwendungsbescheid und ANBest-I (Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung) sind folgende Unterlagen als Nachweis über die zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Zuwendungen zu erstellen:

1. Dem zahlenmäßigen Nachweis bestehend aus:
 - Jahresabschluss (bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung)
 - Überleitungsrechnung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung
 - Zuwendungen zur Projektförderung
2. Dem Sachbericht bestehend aus:
 - Dem Soll/Ist-Vergleich für das jeweilige Bezugsjahr in der Differenzierung des Leistungsplans, des Erfolgsplans, der Finanzierungsrechnung und der Überleitungsrechnung
 - dem „Bericht zur Erreichung der Leistungs- und Strukturziele“, dem die Lage-, Abschluss und Prüfberichte beizufügen sind
3. Einem auf den Sachbericht abgestellten Bewertungsbericht des wissenschaftlichen Beirates
4. Dem Bericht des Abschlussprüfers
5. Dem Geschäftsbericht der Geschäftsführung
6. Der Stellungnahme der Geschäftsführung zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses
7. Den ausgefüllten Vordruck „Verwendungsnachweis“ und „Abschluss zum 31.12“

Die Unterlagen sind spätestens bis zum 30. Juni des Folgejahres dem Zuwendungsgeber vorzulegen.

Gegenstand der Leistung

Gegenstand der Leistung ist die Prüfung:

- der Jahresabschlüsse 2026 bis 2029 (bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts gemäß §§ 317 ff. HGB,
- der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz,
- die Ableitung der Überleitungsrechnung vom kaufmännischen Jahresabschluss zur Einnahmen-Ausgabenrechnung sowie der zweckentsprechenden und wirtschaftlichen Verwendung der Zuwendungen
- der ordnungsgemäßen Abrechnung des Programmbudgets unter Berücksichtigung des Zuwendungsbescheids und der geltenden Nebenbestimmungen, der ANBest-I und der Bewirtschaftungsgrundsätze des DIW Berlin
- Prüfung der Einhaltung der Prinzipien der Trennungsrechnung i. S. der Anforderung des EU-Beihilferahmens
- die Einhaltung der Regelungen der Leitlinie des DIW Berlin zur Verwendung der DFG-Pauschale im Zuge der Durchführung der durch die DFG finanzierten Projekte

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen soll der Prüfer für Ad-hoc-Beratungen zu prüfungsrelevanten Fragestellungen des Rechnungswesens und des internen Kontrollsystems im Sinne eines ganzheitlichen Beratungsansatzes zur Verfügung stehen. Der Abschlussprüfer soll in einer jährlichen gemeinsamen Sitzung der Zuwendungsgeber und der Geschäftsführung des DIW Berlin zum Jahresabschluss berichten.

Der Prüfungsbericht sollte mindestens folgende Erläuterungen enthalten:

- Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter
- Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse im Bestätigungsvermerk
- Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung
- Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung
- Umfassende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- Erläuterungen wesentlicher Bilanzpositionen
- Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags (u.a. § 53 HGrG, Überleitungsrechnung, zweckentsprechenden und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendungen,
- Abrechnung Programmbudget, Einhaltung der Prinzipien der Trennungsrechnung)

Die Erstellung von Steuererklärungen ist nicht Gegenstand des Auftrages.

Prüfungsvorschriften für den Jahresabschluss

Gegenstand und Umfang der Prüfung bestimmen sich nach den §§ 317 ff. HGB.

Das DIW Berlin unterliegt den Vorschriften des § 53 Absatz 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und den hierzu erlassenen Grundsätzen für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Zuwendungen der institutionellen Förderung satzungsgemäß und im Sinne der Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze, der ANBest-I und der anderen besonderen Nebenbestimmungen der Zuwendungsgeber zweckentsprechend, wirtschaftlich und sparsam verwendet worden sind.

Zeitraumen

Für die Jahresabschlussprüfung 2026 ist folgender Zeitplan vorgesehen:

- | | |
|-----------------------|--|
| Ende April 2027: | Prüfung des Jahresabschlusses |
| Ende Mai 2027: | Entwurf des Berichts in digitaler Ausfertigung |
| Bis zum 20.Juni 2027: | Schlussbesprechung Anfang Juni 2027 und Vorlage des Berichts und der Vermerksexemplare in deutscher und englischer Sprache (inkl. Übersetzung aller Dokumente aus der deutschen Sprache) in digitaler Form, sowie in Papierform wie folgt: |
| | <ul style="list-style-type: none">• 20 Berichtsexemplare,• 5 Vermerksexemplare (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht, Bestätigungsvermerk) in deutscher Sprache,• 5 Vermerksexemplare in englischer Sprache. |

Qualifikation des Prüfungsteams

Die mit der Prüfung beauftragten Personen sollen

- über grundlegende betriebswirtschaftliche und handelsrechtliche Kenntnisse verfügen,
- die entsprechenden Rechtsvorschriften kennen und anwenden können (z.B. Handelsrecht, Zuwendungsrecht, Landeshaushaltsordnung, ANBest-I, HGrG, Gemeinnützigkeitsrecht, EU-Beihilferecht),
- Erfahrung haben, in der Prüfung öffentlich geförderter, gemeinnütziger Einrichtungen im Forschungsbereich und vertraut sein.

Informationsunterlagen

Für die Angebotserstellung können ergänzende Unterlagen erforderlich sein:

- aktuelle Satzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Testat des Wirtschaftsprüfers über den Jahresabschluss 2024
- Verwendungsnachweis 2024
- Zuwendungsbescheid 2024
- Programmbudget 2024

Die Informationsunterlagen für die Angebotserstellung werden aus Gründen der Vertraulichkeit nicht unmittelbar über das Vergabeportal veröffentlicht, sondern interessierten Unternehmen auf Anfrage über die Vergabestelle zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung erfolgt unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze des Wettbewerbs sowie der Transparenz, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung gemäß § 2 Abs. 1 UVgO einheitlich für alle interessierten Unternehmen. Zudem wird sichergestellt, dass allen Unternehmen die für die Erstellung eines Angebots erforderlichen Informationen in gleicher Weise zur Verfügung gestellt werden. Dies entspricht den Vorgaben zur Bereitstellung der Vergabeunterlagen unter Wahrung der Vertraulichkeit nach §§ 3, 29 UVgO.

Prüfungsorganisation und Dokumentation

Die Prüfung soll unter Nutzung digitaler Prüfungs- und Dokumentationssysteme durchgeführt werden. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass ein strukturierter digitaler Datenaustausch, eine revisionssichere Dokumentation der Prüfung sowie eine nachvollziehbare Fortschreibung der Prüfungsunterlagen über die einzelnen Prüfungsjahre hinweg gewährleistet ist.

Rahmenvereinbarung und Abrufe

Der Auftrag wird im Wege einer Rahmenvereinbarung (Prüfungsjahre 2026 bis 2029) mit einem Auftragnehmer für die Dauer von maximal sechs Jahren (nach § 15 Abs. 4 UVgO) vergeben. Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist die Erbringung der hier definierten Jahresabschlussprüfungen sowie der damit im Zusammenhang stehenden Leistungen.

Der Höchstwert der Rahmenvereinbarung beträgt 140.000 EUR netto. Dieser Wert stellt ausschließlich die vergaberechtliche Obergrenze sämtlicher Abrufe während der Vertragslaufzeit dar. Ein Anspruch auf Ausschöpfung des Höchstwertes oder auf Abruf eines bestimmten Auftragsvolumens besteht nicht.

Die konkrete Beauftragung erfolgt jährlich durch Einzelabruf für das jeweilige Prüfungsjahr. Die Einzelabrufe konkretisieren insbesondere den Leistungszeitraum sowie gegebenenfalls den im jeweiligen Jahr erforderlichen Leistungsumfang